

Planwirtschaft statt Strommarkt

In den Schweizer Elektrizitätsunternehmen geben Politiker und Beamte den Ton an. Ihr Versuch, auf Kosten der Stromverbraucher und Steuerzahler die Welt zu retten, ist aber zum Scheitern verurteilt. **MARKUS SAURER**

Vor kurzem hat der frühere SP-Nationalrat und Preisüberwacher Rudolf Strahm die Elektrizität in seiner «Tages-Anzeiger»-Kolumne als «Krückenbranche» betitelt. Die grossen Stromkonzerne würden immer mehr Verluste einfahren, ihren mehrheitlich staatlichen Eignern massive Abschreibungen auf früheren Investitionen in Pumpspeicherwerke und Kernkraftwerke zumuten und jetzt noch nach Subventionen rufen. Diese Bestandsaufnahme ist lückenhaft und tendenziös. Was die Akzeptanz der Energiestrategie 2050 in der Öffentlichkeit unterminieren könnte, wird unterschlagen.

Natürlich sind nicht nur die Kernkraftwerke und die Pumpspeicherwerke der grossen Stromkonzerne, sondern vielmehr die Wasserkraftwerke aller Produzenten von Wertverlusten betroffen. Auch grosse und kleine Speicherkraftwerke und Laufwasserkraftwerke, die in der Energiestrategie 2050 eine wichtige Rolle spielen sollten, werden durch sinkende Preise im europäischen Stromhandel entwertet. Und die Stromhandelspreise sinken, weil der europäische Markt vor allem durch deutsche Milliardensubventionen an Wind- und Solaranlagen verzerrt ist.

Strahm macht die früheren Geschäftsleiter (CEO) der Konzerne Axpo, Alpiq und BKW für die Wertverluste ihrer Werke verantwortlich. Sie hätten die seit Mitte der Neunzigerjahre vor allem in Deutschland vorangetriebenen Investitionen in Solar- und Windkraftanlagen ignoriert, die technologische Entwicklung verschlafen und die erneuerbaren Energien verhöhnt. Dabei hätten die Förderung erneuerbarer Energien und der Preiserfall bei Solarpanels die mittäglichen und abendlichen Strompreisspitzen in Europa gebrochen. Die Rechnung der schweizerischen Stromkonzerne, mit Spitzenstromlieferungen in Europa gute Geschäfte zu machen, sei nicht mehr aufgegangen. Aber statt ihre Fehler zu korrigieren, hätten die Manager auf ihren politischen Einfluss in den Kantonen und in Bern sowie auf ihre Durchsetzungsmacht gegenüber Preisüberwachung und Elektrizitätsbehörde vertraut.

Duplizierung der Infrastruktur

Diese Kapuzinerpredigt kann die politisch immer stärker wankende Energiestrategie 2050 nicht stützen, da sie wenig bis nichts mit den tatsächlichen Verhältnissen und Zusammenhängen zu tun hat. Bis Fukushima war der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft von der Politik verbindlich vorgegeben, auf Wasser- und Nuklearstrom zu setzen und die bestehenden Kernkraftwerke zu gegebener Zeit mit Nukleartechnologie neuerer Generationen zu ersetzen. Ergänzend wurde eine moderate – oder sagen wir: vernünftige – staatliche Förderung neuer erneuerbarer Energien in die Wege geleitet. Aber jeder CEO, der seinem Verwaltungsrat darüber hinausreichende Engagements in Wind- und Solarstrom

vorgeschlagen hätte, wäre zu Recht sofort entlassen worden. Denn solange ihre stark schwankende Erzeugung nicht zu marktfähigen Kosten gespeichert werden kann, lassen sich Wind- und Solarstromanlagen nicht kostendeckend betreiben. Für jedes Kilowatt an Wind- und Solarleistung muss im Netz mindestens ein Kilowatt Leistung in Nuklear-, Gas- oder Kohlekraftwerken be-



«Der wahre Fehler ist: Die Elektrizitätsmanager haben politisch zu wenig Einfluss genommen.»

reithalten werden, um die Stromversorgung auch dann zu gewährleisten, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint. Die Manager haben also vor Fukushima nichts im Sinne von Strahm ignoriert, verschlafen oder verhöhnt. Sie haben ihre Unternehmen und die schweizerische Volkswirtschaft im Gegenteil vor einer betriebs- und volkswirtschaftlich schädlichen Duplizierung der Infrastrukturen verschont.

Genau diese schädliche Duplizierung muten aber der Schweiz seit Fukushima die Politiker und Beamten zu. Sie haben nach Fukushima die Führung in der Energiewirtschaft an sich gerissen und wollen mit der Energiestrategie 2050 die Nuklearenergie durch Erneuerbare sowie durch rigorose Sparmassnahmen ersetzen; die Schweiz soll endlich von der Gefahr einer Nuklearkatastrophe befreit werden. Gleichzeitig sollen wir immer «ambitiosere» CO₂-Reduktionsziele erfüllen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Rettung der Welt vor einer Klimakatastrophe leisten.

In dieser Zeitung wurde schon erörtert, aus welchen technischen, ökonomischen und institutionellen Gründen diese Politik das Etikett «Strategie» zu Unrecht trägt, ihre Ziele nicht erreichen kann und stattdessen mit einem Scherbenhaufen von Fehlinvestitionen enden wird (nebenbei: Je später diese Politik gestoppt wird, desto grösser wird der Scherbenhaufen sein). Auch die populistischen und opportunistischen Motive dieses politischen Jahrhundertfehlers wurden schon diskutiert.

Im Griff der öffentlichen Hand

Warum aber – kann man sich auch fragen – konnten sich die Elektrizitätsmanager offenbar nicht mit Erfolg gegen diesen politischen Irrweg und die Entwertung ihrer Unternehmen wehren? Gemäss der ökonomischen Theorie der Politik (Public Choice) gelingt es einer zu

regulierenden Branche dank ihres Wissensvorsprungs auf Politiker und Regulierungsfunktionäre normalerweise, die Regulierung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die wahre Fehlleistung der Elektrizitätsmanager besteht deshalb wohl darin, politisch zu wenig Einfluss genommen zu haben.

Bei näherer Betrachtung stellt man fest, dass es in der Schweiz durchaus Elektrizitätsmanager mit Wissensvorsprung auf Politiker und Beamte, jedoch gar keine eigentliche Elektrizitätswirtschaft gibt. Die über 700 Elektrizitätsversorgungsunternehmen – darunter finden sich am häufigsten lokale oder regionale Stromverteilungsmonopolisten, die oft auch über kleinere Kraftwerke verfügen – sind gesamthaft zu rund 80% im Besitz von Städten, Gemeinden und Kantonen. Auch die grossen Konzerne stehen mit klarer Kapitalmehrheit (BKW und Alpiq) oder sogar fast vollständig (Axpo) unter der Kontrolle öffentlicher Gebietskörperschaften. Politiker und Beamte sitzen in ihren Verwaltungsräten und bestimmen damit nicht nur die Elektrizitätspolitik und die Rahmenbedingungen oder die Spielregeln der Branche, sondern auch die Geschäftsstrategien der Unternehmen.

Konsumenten werden geknebelt

Die Verbraucher stehen einem durch und durch «verpolitisierten» und «monopolisierten» staatlichen Stromangebot gegenüber – nicht nur für den Netzanschluss, der ein unbestreitbares natürliches Monopol darstellt, sondern auch für die Stromlieferung, die im Wettbewerb stehen könnte. Die Verbraucher haben mit Ausnahme von wenigen Grosskunden, die sich im politischen Prozess einige Optionen erwirken konnten, keine freie Wahl des Stromlieferanten. Ihr lokaler Versorger wählt für sie.

Heute können die Verbraucher wenigstens ihre Verbrauchsmenge noch frei bestimmen. Die staatlichen Versorgungsmonopolisten müssen jede nachgefragte Strommenge noch ohne Wenn und Aber liefern. Mit der Energiestrategie 2050 soll dem Verbraucher dagegen faktisch immer mehr auch eine Menge vorgeschrieben werden – zunächst mit Verboten und Geboten, später mit finanziellen Lenkungsmaßnahmen in geradezu absurder, prohibitiv wirkender Grössenordnung.

So will die «Strategie» den Stromverbrauch auf eine massiv reduzierte Produktion herunterfahren. Das wäre nach ökonomischem Lehrbuch eine Optionsfixierung, die unfreiwilligen Tausch im Sinne von «Geld oder Leben» voraussetzt. Zu dieser totalitären Staatswirtschaftsform wird es in unserer Demokratie nie kommen, wie die Abstimmung zur Energiesteuer belegt. Die Energiestrategie 2050 ist somit am Ende.

Markus Saurer ist selbständiger Berater für Regulierungs- und Wettbewerbsökonomie und arbeitet als Gründungsmitglied mit im Carnot-Cournot-Netzwerk für Politikberatung in Technik und Wirtschaft.



MARK DITTLI
Chefredaktor
zum Thema
US-Steuerstreit

Vorwärts schauen

Der Knoten im Steuerstreit mit den USA löst sich. Als erste Bank der Kategorie 2 einigt sich die Tessiner BSI mit der amerikanischen Justizbehörde und bezahlt gut 200 Mio. \$ Busse (vgl. Seite 5). Bereits äussern involvierte Personen die hoffnungsvolle Prognose, dass bis Ende Jahr der Grossteil der Banken den Disput mit den USA endgültig abschliessen kann.

Gut so. Ein leidiges Thema, das den hiesigen Bankenplatz fünf Jahre lang beschäftigt hat, wird dann endlich der Vergangenheit angehören.

Der Steuerstreit hat den Schweizer Bankenplatz gelähmt. Die erwartete – und notwendige – Konsolidierung der Branche wurde gehemmt. Mit wenigen Ausnahmen gaben sich die Akteure einem kollektiven Lamento hin; über die Arroganz der Amerikaner, über den unfairen, von Partikularinteressen gesteuerten Druck aus dem Ausland, über den Verlust der guten, alten profitablen Zeit.

Gewiss ist aufseiten der USA viel Doppelmoral im Spiel. Die dortigen Offshore-Bankenplätze zählen zu den schmutzigsten der Welt. Gleichwohl bleibt es Tatsache, dass etliche Schweizer Banken Mist gebaut und viel zu lange an einem alten, global nicht mehr tolerierten Geschäftsmodell festgehalten haben. Vor allem die Banken – unter ihnen die BSI –, die nach 2008 noch aktiv unversteuertes Geld von US-Kunden angenommen haben, verdienen kein Verständnis.

Je rascher die Schweizer Banken mit ihrer Vergangenheit abschliessen können, desto besser. Dutzende von ihnen haben es in den vergangenen Jahren verpasst, ihr Geschäftsmodell, ja, ihre eigentliche Daseinsberechtigung neu zu erfinden. Was die Digitalisierung des Banking betrifft, um nur ein Beispiel zu nennen, ist die Schweiz im internationalen Vergleich kläglich im Rückstand. Das Rückzugsgefecht ist zu Ende. Jetzt müssen die Banken ihre Zukunft anpacken.

Rivalitäten in Asien-Pazifik

AIB bringt Chancen und Risiken. **ERNST HERB**

Wer die wirtschaftlich aufstrebende Region Asien-Pazifik und damit das komplexer werdende amerikanisch-chinesische Verhältnis verstehen will, muss seinen Wortschatz erweitern. Denn hinter harmlos daherkommenden Abkürzungen und Worten wie TPP, neue Seidenstrasse, Pivot to Asia oder AIB verstecken sich intensiver werdende geostrategische Rivalitäten, die das Weltgeschehen in den kommenden Jahrzehnten massgeblich prägen werden.

TPP steht für die von den USA vorangetriebene Transpazifische Partnerschaft (TPP), die eine die meisten Anrainerstaaaten des Pazifiks umfassende Freihandelszone schaffen will. Bemerkenswerterweise ist China bisher kein Partner dieses Grossprojekts. Peking spricht seinerseits von einer «neuen Seidenstrasse», über die China wie einst in seiner Blütezeit die Handelspartner in Asien und Europa näher an sich binden will.

Bei diesen Unterfangen ist es unklar, ob damit primär wirtschaftliche oder geostrategische Interessen verfolgt werden. Mit grosser Wahrscheinlichkeit trifft beides zu. All das macht es umso schwieriger, die langfristige Entwicklung vorauszusagen. Jetzt schon klar vorauszusehen ist hingegen, dass die zunehmende Rivalität zwischen der grössten und der zweitgrössten Volkswirtschaft Chancen wie auch Risiken mit sich bringt.

Das zeigt beispielsweise die von Peking angeregte Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Das in der Vorbereitungsphase stehende Entwicklungsinstitut – dem sich auch die Schweiz

anschiessen möchte – wird ein direkter Konkurrent der Asian Development Bank (ADB) sein, die 67 Mitgliedstaaten hat, doch effektiv von Japan und den USA kontrolliert wird.

Eine zusätzliche regionale Entwicklungsbank ist angesichts des grossen Nachholbedarfs an Infrastruktur in den dortigen Schwellenländern wünschenswert. Die anfänglich wohl mit 100 Mrd. \$ Kapital ausgestattete AIIB schafft Wettbewerb und sollte so die Finanzierungskosten senken helfen. Das würde auch das globale Wachstum stützen.

Die USA sperren sich bisher gegen das Projekt. Das Gleiche trifft auf die von China verlangte Reform der vom Westen dominierten Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zu. Washington weiss, dass die dominante Stellung der USA auf dem globalen Finanzmarkt sich nicht zuletzt auch auf diese multilateralen Institutionen abstützt. Chinas Wachstum hängt erheblich von den ausländischen Märkten ab. Damit ist das Land auch vermehrt externen Schocks ausgesetzt. Dem will Peking durch einen grösseren Einfluss auf das internationale Finanzsystem entgegenzutreten.

Doch die aufstrebende Supermacht treibt unter den Augen der irritierten Nachbarn zugleich ihr ehrgeiziges Aufrüstungsprogramm beschleunigt voran. Die USA wiederum verlagern als Reaktion darauf unter dem Motto «Hinwendung nach Asien» das Schwergewicht ihrer Kriegsflotte in den Pazifik. Wo gesunder Wettbewerb aufhört und ruinöses Wettrennen anfängt, ist noch ungewiss.

Europas Endspiel um die Währung

Stabile Preise im Süden und 4% Inflation im Norden als Weg zur Euro-Balance. **HANS-WERNER SINN**

In den inflationären Kreditblasen, die der Euro erzeugte, wurden die südeuropäischen Krisenländer viel zu teuer. Um wieder wettbewerbsfähig zu werden, müssen Länder wie Griechenland, Spanien oder Portugal die Preise für ihre eigenen Güter relativ zum Rest der Eurozone und im Vergleich zum Krisenbeginn ca. 30% verringern. Italien muss vermutlich 10 bis 15% billiger werden. Tatsächlich haben sich Portugal und Italien einer solchen «realen Abwertung» bislang vollständig verweigert; in Griechenland und Spanien gingen die relativen Preise nur 8 bzw. 6% zurück.

Nur Irland hat die Kurve gekriegt, weil dort die Blase schon Ende 2006 platzte, als es noch keine Rettungsschirme gab. Da keiner half, schnallte man den Gürtel enger und senkte die relativen Güterpreise 13%. Die Rosskur hat dem Land inzwischen einen Superboom verschafft.

Kuren mit Nebenwirkungen

Relativ gesehen erhielt Griechenland die meisten Rettungsgelder und hatte den grössten Zuwachs der Arbeitslosenrate. Die öffentlichen Kredite, die das Land von der EZB und der Staatengemeinschaft bekam, haben sich von 53 Mrd. € (Februar 2010) auf mittlerweile 324 Mrd. € (181% des BIP) bald versechsfacht; die Arbeitslosenquote ist von 11 auf 26% gestiegen.

Es gibt vier Reaktionsmöglichkeiten für die Politik und die Wirtschaft. Erstens kann Europa zu einer Transferunion werden, indem der Norden dem Süden immer mehr Kredit gibt und später erlässt.

Zweitens kann der Süden deflationieren. Drittens kann der Norden inflationieren. Viertens können nicht mehr wettbewerbsfähige Länder aus der Eurozone austreten und ihre neue Währung abwerten.

Jeder dieser Wege ist mit gravierenden Nebenwirkungen verbunden. Der erste erzeugt eine dauerhafte Abhängigkeit von den Transfers und zementiert die falschen Preise. Der zweite treibt viele Schuldner der Krisenländer in den Konkurs. Der dritte enteignet die Gläubiger, die vor allem in Deutschland sitzen. Der vierte könnte Ansteckungseffekte über die Kapitalmärkte hervorrufen, die die Politik, wie im Fall Zyperns 2013, zur Einführung von Kapitalverkehrskontrollen zwingen.

Die EU-Politik hat sich bislang auf öffentliche Kredite an die Krisenländer zu Zinsen nahe null konzentriert, was einem Transfersystem nahekommmt. Nun versucht die EZB mit ihrem Quantitative Easing den dritten Weg. Erklärtes Ziel ist, die Inflationsrate durch den Kauf von Wertpapieren für über 1100 Mrd. € von knapp unter 0% auf knapp unter 2% zu erhöhen.

Dies würde den Südländern einen Ausweg aus ihrer Wettbewerbsfalle öffnen: Wenn sie mit ihren Preisen auf der Stelle treten, während der Norden nachinflationiert, können sie ihre relativen Güterpreise allmählich senken, ohne dass es zu sehr schmerzt. Doch dann muss der Norden schneller als nur um 2% inflationieren.

Angenommen, Südeuropa wählt eine Inflationsrate von 0% und Frankreich eine von 1%. Dann müssten die deutschen Preise p. a. etwa 4% steigen, während die

Preise der restlichen Eurozone p. a. 2% zunehmen, um das erklärte Inflationsziel zu erreichen. Das müsste für etwa zehn Jahre durchgehalten werden, bis die Eurozone wieder im Gleichgewicht ist. Das deutsche Preisniveau wäre dann ca. 50% höher als heute, die Sparbücher ein Drittel leichter.

QE wird den Euro abwerten

QE wird wirken, denn das viele Geld, das nun in Umlauf kommt, wird auch ins Ausland drängen und den Euro abwerten. Die Abwertung des Euros wird eine gewisse Inflationierung bereits über die Erhöhung der Import- und Exportpreise herbeiführen. Ob sie reicht, steht auf einem anderen Blatt. Auch besteht die Gefahr, dass Japan, China und die USA nicht lange stillhalten werden und die Welt stattdessen in einen Währungskrieg hineinrutscht.

Vor allem aber steht zu befürchten, dass die Südländer, statt bei den Preisen auf der Stelle zu treten, ihre Austeritätspolitik aufgeben und die Wirtschaft durch immer mehr Staatsverschuldung anheizen. Dann wäre für die Wettbewerbsfähigkeit nichts gewonnen, und der Euroraum würde nach einem anfänglichen Strohfeuer in die Dauerkrise zurückkehren. Man kann nur hoffen, dass das nicht passiert, weil die Südländer der Verlockung des billigen Geldes widerstehen. Sie haben jetzt ihre letzte Chance.

Hans-Werner Sinn lehrt Ökonomie und Finanzwissenschaft an der Universität München. Copyright: Project Syndicate.